

DGB 2010

Breites Bündnis gegen Kopfpauschale

Die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise, eine solidarische Finanzierung des Gesundheitssystems, Beschäftigungssicherung und eine neue Bildungsoffensive – das sind die Themen, die DGB und Gewerkschaften 2010 ganz oben auf ihre politische Agenda gesetzt haben. „Wir wollen die sozialen Errungenschaften und unseren Sozialstaat gegen neoliberale Angriffe verteidigen“, erklärt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Der rote Faden in der Arbeit der Gewerkschaften 2010 spiegelt sich im Mai-Slogan „Wir gehen vor! Gute Arbeit. Gerechte Löhne. Starker Sozialstaat“ wie auch im Motto des DGB-Kongresses wider: Vom 16. bis 20. Mai tritt das 19. Parlament der Arbeit unter dem Titel „Arbeit, Gerechtigkeit, Solidarität“ zusammen.

2010 werden entscheidende Weichen gestellt, davon sind die Gewerkschaften überzeugt: Wie kommt die deutsche Wirtschaft aus der Krise heraus? Werden die Krisenlasten gerecht verteilt? „Bisher haben Union und FDP kein Programm, wie sie Deutschland aus dieser Krise führen wollen“, kritisiert der DGB-Vorsitzende.



„Wir gehen vor! Gute Arbeit. Gerechte Löhne. Starker Sozialstaat“: Das ist das Motto, mit dem DGB und Gewerkschaften für die Veranstaltungen zum 1. Mai 2010 mobilisieren. Die zentrale Kundgebung findet in diesem Jahr in Essen statt. Das Gewerkschaftsjahr im Überblick auf Seite 6.

Stattdessen setzen sie auf Klientelpolitik und verteilten Steuergeschenke. „Was wir jetzt brauchen, ist eine Politik des Ausgleichs, der sozialen Balance“, betont Sommer. So dürften Steuersenkungen nicht durch höhere Sozialabgaben erkaufte werden, die vor allem die ArbeitnehmerInnen belasten. Um die Krise zu bekämpfen, müssten

die Mittel für das Konjunkturpaket II schneller abfließen und ein Zukunftsinvestitionsprogramm mit weitreichenden Investitionen für Infrastruktur, Innovation, Forschung und Bildung aufgelegt werden.

Gegen die Pläne der Bundesregierung, eine einkommensunabhängige Kopfpauschale zur Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung einzuführen, werden sich die Gewerkschaften entschieden zur Wehr setzen – und das nicht allein, sondern in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis für den Erhalt eines solidarischen Gesundheitssystems. Die Vorbereitungen dafür laufen bereits auf Hochtouren. „Herr Rösler sollte wissen: Wir richten uns sehr langfristig und sehr grundsätzlich auf diese Auseinandersetzung ein“, erklärt Sommer. ●

plusminusBERLIN

+ Agnieszka Malczak (Bündnis90/Die Grünen) fordert, dass Deutschland eine führende Rolle bei der Abrüstung einnimmt. Die Bundesregierung müsse sich jetzt unter anderem für einen Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel (Rheinland-Pfalz) einsetzen.

- Christian Lindner (FDP) plündert die verbale Mottenkiste der 50er Jahre, um für das liberale Bürgergeld zu werben. Er findet: Gerade Menschen in „Leichtlohnjobs“ würde das Bürgergeld eine „Brücke zurück in die Selbstverantwortung“ bauen.

inhalt

Seite 3

Zurück auf Anfang

Ein Kernstück der Hartz-Reform wird rückgängig gemacht: Arbeitsagenturen und Kommunen sollen ihre Aufgaben wieder getrennt wahrnehmen

Seite 5

Frauenquote für Aufsichtsräte

40 Prozent aller Aufsichtsratsmandate müssen von Frauen besetzt werden, fordern die Gewerkschaftsfrauen

Seite 7

Tarifjahr 2010

Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske erklärt, warum auch in der Krise Lohnerhöhungen nötig sind



Aufkleber bestellen unter www.br-verseucht.de



Der Surf-Tipp fürs Internet

**www.ruhrfestspiele.de
Programm der Ruhrfestspiele 2010**

Hintergrund

**www.einblick.dgb.de/hintergrund
DGB-Analyse zur Situation der Kommunen in Folge der Krise**

E u G H

Arbeitsrecht nachbessern

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat – nach verschiedenen von den Gewerkschaften heftig kritisierten Urteilen der vergangenen Jahre – am 19. Januar zu Gunsten der Rechte deutscher ArbeitnehmerInnen entschieden. Eine arbeitsrechtliche Regelung, wonach nur die Jahre der Betriebszugehörigkeit die Kündigungsfrist verlängern, die nach dem 25. Geburtstag von Beschäftigten liegen, ist laut EU-Recht eine unzulässige Altersdiskriminierung.

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock begrüßte das Urteil: Es entspreche der Position, die die Gewerkschaften „bereits bei der Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinie in nationales Recht hatten“, so Sehrbrock. Jetzt müsse die Bundesregierung



Studien belegen: In Unternehmen mit Betriebsräten sind die Arbeitsbedingungen besser. „Betriebsräte machen den Unterschied“ lautet denn auch das Motto der DGB-Begleitkampagne zu den Betriebsratswahlen 2010 (einblick 22/09) vom 1. März bis zum 31. Mai. Vier Plakatmotive werden als Großflächenplakate in ganz Deutschland für die Wahl von Betriebsräten werben. Für den 9. März ist der offizielle Auftakt der Kampagne geplant. Bereits vorher soll die Homepage zur Kampagne www.mitbestimmt.de online gehen. Die Kampagnen-Hotline 0180/234 00 00 beantwortet alle Fragen rund um die Betriebsratswahlen. Für die DGB-Gliederungen und die Mitgliedsgewerkschaften wird ein elektronisches Tool-Kit für Aktionen vor Ort zur Verfügung gestellt.

die entsprechenden gesetzlichen Regelungen zügig ändern. •

Öffentlicher Dienst

Gesundheit geht vor

VertreterInnen des DGB, des Bundesinnenministeriums und des Deutschen Beamtenbundes (dbb) haben im Dezember eine „Gemeinsame Initiative zur Förderung des

Gesundheitsmanagements in der Bundesverwaltung“ unterzeichnet. Damit rückt das Thema Gesundheit in den Mittelpunkt bei der Modernisierung der öffentlichen Verwaltungen. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock begrüßte die Vereinbarung. Nach intensiven Verhandlungen seien Bundesregierung und Gewerkschaften „dem gemeinsamen Ziel, Gesundheit zu fördern, ein Stück näher gekommen“. • www.einblick.dgb.de/hintergrund

CGZP-Urteil

Ansprüche geltend machen

LeiharbeiterInnen, die auf Basis eines Tarifvertrags der Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften Zeitarbeit (CGZP) beschäftigt sind, sollen jetzt rückwirkend ihren Anspruch auf „gleiche Bezahlung“ geltend machen. Das rät der DGB mit Blick auf die anstehende Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts zur Tariffähigkeit der CGZP. Denn nach der Entscheidung des Landesarbeitsgerichts Berlin, das die CGZP für „nicht tariffähig“ hält, steige die Wahrscheinlichkeit, dass diese Entscheidung vom BAG bestätigt werde, so der DGB. Wenn die CGZP nicht tariffähig ist, sind auch ihre Tarifverträge nicht mehr gültig. Gilt für LeiharbeiterInnen aber kein Tarifvertrag, heißt das laut Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG): Die ZeitarbeiterInnen erhalten dasselbe Entgelt wie die Stammbeslegschaft. Das bedeutet gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Die betroffenen LeiharbeiterInnen sollten ihre Ansprüche vor allem deshalb bereits jetzt geltend machen, weil für Lohnansprüche eine dreijährige Verjährungsfrist gilt. Wichtig ist es, die Ansprüche dem Arbeitgeber schriftlich und per Einschreiben zu übermitteln. Zudem sollten sich betroffene LeiharbeiterInnen rechtlich von ihrer DGB-Gewerkschaft beraten lassen. •

Wirtschaftsentwicklung

Investitionen besser als Steuersenkungen

Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung hat die Bundesregierung vor weiteren Steuersenkungen gewarnt. Diese Debatten innerhalb der Koalition seien „völlig aus der Zeit gefallen“, so IMK-Direktor Gustav Horn. Zu

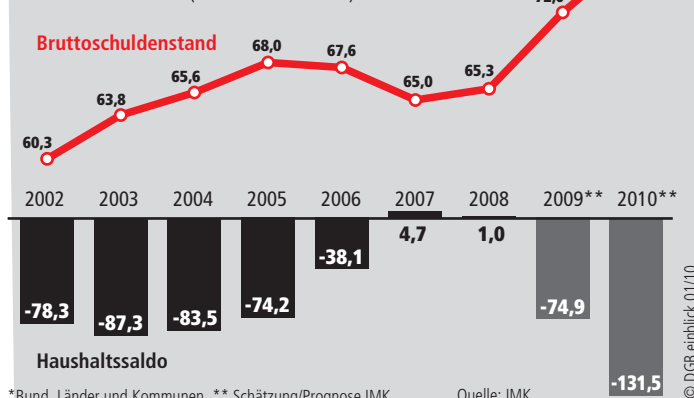
den bereits beschlossenen Steuerentlastungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes sagte Horn: „Die Wirkungen, die man sich davon erhofft, werden nicht eintreten.“ Die Krise sei noch nicht gänzlich überstanden. Deshalb seien statt Steuersenkungen wei-

tere konjunkturpolitische Maßnahmen notwendig, so Horn.

Das IMK plädiert 2010 für ein Konjunkturpaket III mit dem finanziellen Umfang des Konjunkturpakets II – rund zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Das dritte Paket dürfe inhaltlich aber keine Kopie des zweiten werden. Es müsse deutlichere Schwerpunkte bei Investitionen in Bildung und Infrastruktur setzen. •

Schulden gegen die Krise

Gesamtstaatlicher* Haushaltssaldo (in Milliarden Euro) und Bruttoschuldenstand (in Prozent des BIP)



In Folge der Krise sind die öffentlichen Haushaltssalden wieder deutlich gestiegen. Doch die staatlichen Investitionen waren bitter nötig. Das Resümee des IMK: Die Konjunkturprogramme waren „nicht perfekt, aber erfolgreich“. Die schwarzrote Bundesregierung habe mit „ihrer antizyklischen finanzpolitischen Reaktion auf die Krise Außergewöhnliches geleistet“.

Zurück auf Anfang

Arbeitsministerin von der Leyen hat Eckpunkte für die bis Jahresende notwendige Reform der Jobcenter vorgelegt: Schwarz-Gelb will, dass die Bundesagentur für Arbeit (BA) und die Kommunen ihre Aufgaben künftig wieder getrennt wahrnehmen – aber weiterhin möglichst eng kooperieren.

Ende 2007 hatte das Bundesverfassungsgericht die Zusammenarbeit von BA und Kommunen in den Arbeitsgemeinschaften (ARGen) der Jobcenter als unzulässige „Mischverwaltung“ für verfassungswidrig erklärt. Bis Ende 2010 muss deshalb eine Alternative für das ARGen-Modell gefunden werden, das in den meisten Kommunen praktiziert wird. Daneben existieren bereits heute zwei weitere Model-

zulassen. Kaum stand der Kompromiss, machte die Unionsfraktion im Bundestag klar, dass sie ihn nicht mittragen würde. Damit ist es jetzt an Schwarz-Gelb und Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU), die bisherigen Jobcenter in ein verfassungskonformes Modell zu übertragen.

Ihr Ansatz: Wo bisher ARGen die Jobcenter betreiben, soll künftig die getrennte Aufgabenwahrnehmung (GAW) eingeführt werden – mit der Möglichkeit zur „freiwilligen Kooperation“. Aus dem Arbeitsministerium heißt es, man werde dafür „zeitnah einen Mustervertrag ausarbeiten“. Den sollen die Arbeitsagenturen den Kommunen vorlegen. Die können dann entscheiden „in welchem Ausmaß sie die Kooperationsangebote annehmen“, so das Ministerium. Weiterer Bestandteil der Eckpunkte: Die heute insgesamt 69 Optionskommunen, in denen Städte und Landkreise auch die Arbeitsvermittlung übernehmen, bleiben bestehen und werden vom „Modellprojekt“ zur festen Einrichtung.

Für den DGB sei aus dem Eckpunktepapier „bisher noch nicht erkennbar, wie Arbeitslose mit gleicher Problemlage überall in Deutschland tatsächlich auch gleiche Förderchancen haben“, so DGB-Arbeitsmarktexperte Wilhelm Adamy. Zudem habe Schwarz-Gelb die Ergebnisse der Evaluation der Hartz-Reformen offenbar nicht einmal diskutiert. „Die Begleitforschung hat gezeigt, dass die Optionskommunen weit seltener in Existenz sichernde Beschäftigung vermitteln als die anderen Modelle“, so Adamy.

Aber auch die Ausweitung der getrennten Aufgabenwahrneh-

mung stößt auf Kritik. Erst 2009 hatte das Institut für Arbeit und Qualifikation (IAQ) das GAW-Modell genauer unter die Lupe genommen. Das Resümee der ForscherInnen ist drastisch: „Das ursprüngliche Versprechen der Hartz-Reformen, ganzheitliche Dienstleistungen aus einer Hand zu erbringen, kann in der getrennten Aufgabenwahrnehmung nicht eingelöst werden.“ Auch die beste Kooperation ändere nichts daran, dass voneinander abhängige Bescheide und Formulare trotzdem getrennt ausgestellt werden müssten. Und auch das GAW-Modell ist verfassungsrechtlich nicht über jeden Zweifel erhaben. Die im Eckpunktepapier vorgeschlagene Lösung sei „aus mehreren Gründen verfassungswidrig“, meint Joachim Wieland, Professor für Öffentliches Recht an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften. Unter anderem würden die Verwaltungsabläufe so kompliziert, „dass sie nicht den grundgesetzlichen Anforderungen“ des „Anspruchs auf Sicherung des Existenzminimums genügen“.

Die Umstrukturierung der ARGen fällt außerdem in eine Zeit, in der laut ver.di nahezu jeder Fünfte bei Arbeitslosigkeit „ohne Zwischenstopp in der Arbeitslosenversicherung direkt in das Hartz-IV-System abrutscht“, warnt der ver.di-Fachbereich Sozialversicherung. Die Zahl der Beschäftigten in den bisherigen ARGen müsse sich deshalb endlich am tatsächlichen Arbeitsanfall ausrichten: Oft würden Stellen fehlen, viele Arbeitsverträge der ARGE-MitarbeiterInnen seien lediglich befristet. ●

Die IAQ-Studie und weitere Materialien: www.einblick.dgb.de/hintergrund

Aus 3 mach 2

Die drei bestehenden Modelle der Betreuung von LeistungsbezieherInnen und Arbeitslosen nach Hartz IV:

← In den Arbeitsgemeinschaften (ARGen) nehmen BA und Kommunen ihre Aufgaben in den Jobcentern gemeinsam wahr – diese Vereinheitlichung der Behördenkontakte war ein Kernbestandteil der Hartz-Reformen. Derzeit gibt es 346 ARGen, für die jetzt ein alternatives Modell gefunden werden muss.

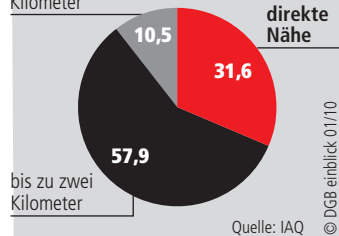
Beim Modell der Optionskommunen, das bei der Hartz IV-Einführung von den damaligen Oppositionsparteien CDU und CSU als „Feldversuch“ durchgesetzt wurde, nehmen die Kommunen in alleiniger Trägerschaft alle Aufgaben wahr – auch die Arbeitsvermittlung von Langzeitarbeitslosen. Derzeit wird das Modell in 69 Kommunen praktiziert. Das bisher befristete Modell soll jetzt „entfristet“ werden.

Beim Modell der getrennten Aufgabenwahrnehmung (GAW) übernimmt die BA Arbeitsvermittlung und ALG-II-Auszahlung, die Gemeinden die übrigen Leistungen (Unterkunft und Heizung) sowie begleitende Hilfen (Kinderbetreuung, Sucht- und Schuldnerberatung). Derzeit wird in 23 Kommunen nach diesem Prinzip gearbeitet.

Unter einem Dach?

Räumliche Entfernung der örtlichen Arbeitsagentur zur kommunalen SGB II-Behörde in den Kommunen, die bereits die getrennte Aufgabenwahrnehmung praktizieren (Anteile in Prozent)

mehr als zwei Kilometer



In den Städten und Landkreisen, in denen BA und Kommunen bereits die getrennte Aufgabenwahrnehmung (GAW) praktizieren, ist es in der Mehrzahl der Fälle bisher nicht üblich, dass beide Behörden tatsächlich auch unter „einem Dach“ arbeiten.

le: die Optionskommunen und die getrennte Aufgabenwahrnehmung (siehe Randspalte „Aus 3 mach 2“).

Im Frühjahr 2009 hatte der damalige Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) mit SPD- und CDU-Ministerpräsidenten eine Lösung für die ARGen ausgehandelt: An der Zusammenarbeit sollte sich vorgeblich nicht viel ändern – und eine Verfassungsänderung sollte die von den Karlsruher Richtern monierte Mischverwaltung ausnahmsweise

NGG: Stark in Zukunft - mit engagierten Menschen

Stellenausschreibung

Unsere Gewerkschaft NGG braucht Verstärkung. Wir suchen Frauen und Männer, die sich aktiv für unsere Kolleginnen und Kollegen einsetzen wollen. Wir suchen Frauen und Männer, die mit ihrem politischen und sozialen Engagement ihren Teil dazu beitragen wollen, dass es den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in unseren Branchen besser geht. Und wir suchen Frauen und Männer, die unserer NGG ein Gesicht geben, die unseren Weg in die Zukunft begleiten und tragen.

Daher bieten wir zum 01.10.2010 mehrere Stellen an zum/zur

Gewerkschaftssekretär/in zur Ausbildung

Diese Voraussetzungen sollten Sie mitbringen:

- Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft.
- Politisches und soziales Engagement.
- Möglichst ein abgeschlossenes Studium und/oder eine vergleichbare Ausbildung (AdA und/oder HWP*) und/oder eine abgeschlossene Berufsausbildung.
- Berufserfahrung.
- Erfahrung in der betrieblichen Interessenvertretung (JAV-/BR-Tätigkeit).
- Die Fähigkeit, Konflikte konstruktiv und zielorientiert zu lösen.
- Die Bereitschaft, im Team zu arbeiten.
- Interesse an juristischen Zusammenhängen.
- Ein hohes Maß an kommunikativer Kompetenz. Für uns stehen unsere Mitglieder im Mittelpunkt.
- Bereitschaft, aktiv auf Menschen zuzugehen.
- Bereitschaft zu Mobilität und Besitz des Führerscheins.
- Sichere Kenntnisse in MS-Office.
- Fremdsprachenkenntnisse sind erwünscht.

Die Ausbildung dauert insgesamt bis zu 2 Jahren. Die Arbeitsbedingungen und die Vergütung richten sich nach den für die NGG-Beschäftigten gültigen Bedingungen.

Wir freuen uns über jede geeignete Bewerbung.

Bitte richten Sie Ihre Bewerbung bis zum 31.03.2010 an:

Gewerkschaft NGG, Personalabteilung, Stichwort: „S.z.A“, Haubachstr. 76, 22765 Hamburg

* AdA: Europäische Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt am Main
* HWP: Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik



GEWERKSCHAFT N AHRUNG · G ENUSS · G ASTSTÄTTEN
www.ngg.net

einblick 1/10 PARTNER

Buch

Arbeitsunrecht

Verhinderung von Betriebsratsgründungen, „gelbe Gewerkschaften“, die Gefälligkeitstarifverträge abschließen, Verdachtskündigungen wie im Fall der Supermarktkassiererin „Emmely“, Leiharbeit und Praktika, heimliche und offene Überwachung von Angestellten – die Liste des sich immer mehr etablierenden Arbeits-Unrechts ist lang. Die These des von Werner Rügemeier herausgegebenen Bandes „Arbeitsunrecht“: Die Krise des Neoliberalismus verschärft dieses Unrecht. AutorInnen aus Gewerkschaften, Wissenschaft und Initiativen legen in dem Buch eine umfassende Bestandsaufnahme vor. Es gelingt, das komplizierte Arbeitsrecht von einzelnen Entscheidungen auf eine politische

Ebene zu heben und Handlungsperspektiven für Gewerkschaften und Beschäftigte darzulegen. •

Werner Rügemeier (Hrsg.): *Arbeitsunrecht – Anklagen und Alternativen*, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2009, 251 Seiten, 24,90 Euro.

Arbeit und Leben

Bunte Palette

„Jugend und Zukunft“ – unter diesem Motto steht das Jugendbildungsprogramm 2010 des Bundesarbeitskreises Arbeit und Leben. In mehr als 100 Seminaren und Projekten können sich Jugendliche zu verschiedenen Themenschwerpunkten, wie zum Beispiel Zivilcourage, Arbeitswelt, interkultureller Dialog und Globalisierung, informieren und fortbilden. Das Programm steht im Internet zum Download bereit. •

www.arbeitundleben.de

interregio

••• Der **DGB NRW** und die Fachgruppe Berufskolleg der GEW in Nordrhein-Westfalen laden am 2. März gemeinsam zur **Fachtagung** „Was gibt's Neues in der dualen Ausbildung?“ nach Düsseldorf ein. In Arbeitsgruppen wird die Neuordnung der Berufsausbildung in verschiedenen Branchen diskutiert, Referate behandeln weitere Themen rund um das duale Ausbildungssystem wie „Berufsausbildung versus Bachelor“. Anmeldungen sind noch bis zum 5. Februar möglich, Teilnahmebeitrag 25 Euro (für Nichtmitglieder 40 Euro, ermäßigt 20 Euro).

www.nrw.dgb.de/termine

••• Der **DGB Thüringen** unterstützt gemeinsam mit ver.di und GEW Thüringen das **Bündnis** „Volksbegehren für eine bessere Familienpolitik in Thüringen“, das sich gegen den rigiden Sparkurs der schwarz-roten Landesregierung in der Familienpolitik richtet. Ab dem 10. Februar sollen 200 000 Unterschriften gesammelt werden,

die für ein Volksbegehren nötig sind. Das Ziel: Ein Gesetz, das allen Thüringer Kindern die Betreuung in Kindergärten und Schulhorten garantiert. Der seit 2004 gefahrene Sparkurs habe zur Aushöhlung des vorbildlichen Thüringer Betreuungssystems und zu erheblichem Fachkräftemangel für die Kitas geführt, so die InitiatorInnen. Im Vorfeld der Unterschriftensammlung finden zahlreiche Infoveranstaltungen statt.

www.bessere-familienpolitik.de

••• Der **DGB Berlin-Brandenburg** verleiht 2010 erneut als Mitglied des „Bündnisses der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit“ das **Band für Mut und Verständigung**. Das Band wird für Zivilcourage und Handeln gegen Fremdenfeindlichkeit sowie für ehrenamtliches Engagement für die interkulturelle Verständigung vergeben. Vorschläge und Nominierungen können bis zum 1. März online eingereicht werden.

www.respekt.dgb.de

GEWERKSCHAFTEN

DGB-Bundesfrauenkonferenz

Für Frauenquote in Aufsichtsräten

Mindestens 40 Prozent aller Aufsichtsratsmandate sollten von Frauen besetzt werden. Um das zu erreichen, braucht es verbindliche gesetzliche Regelungen. So lautet eine der Forderungen der 17. DGB-Bundesfrauenkonferenz (BFK) Mitte Januar in Berlin.

Unter dem Motto „Frauen bestimmt“ zogen auf der BFK mehr als 200 Delegierte und Gäste eine gleichstellungs- und frauenpolitische Bilanz der letzten vier Jahre und formulierten ihre Anforderungen an die künftige Politik. Dabei fiel die Bilanz trotz einiger Fortschritte – wie der Einführung des Elterngeldes – eher negativ aus. Denn nach wie vor sind Frauen in den Führungsetagen der Wirtschaft unterrepräsentiert, verdienen Frauen im Schnitt 23 Prozent weniger als Männer in vergleichbaren Positionen.

Eine wesentliche Verschlechterung der Situation von Frauen sei die Etablierung eines Niedriglohnsektors bereits unter Rot-Grün gewesen, stellte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer auf einer Podiumsdiskussion während der Konferenz fest. Denn es sind nach wie vor überwiegend Frauen, die im Niedriglohnbereich arbeiten. Die Delegierten sprachen sich deshalb mit großer Mehrheit für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn aus, um die oft prekäre Beschäftigungslage von Frauen in der Arbeitswelt zu verbessern. „Minijobs sind keine Brücke in Beschäftigung“, stellte IG BAU-Vorstandsmitglied Bärbel Feltrini klar. Viele Unternehmen setzten sie systematisch ein, um Arbeitskosten zu sparen.

Eine klare Absage erteilten die Delegierten den Überlegungen aus der Regierungskoalition, die Geringfügigkeitsgrenze von derzeit 400 Euro auf 600 Euro anzuheben. Sie forderten stattdessen die Gleichbehandlung aller Arbeitsverhältnisse. Dazu gehört aus Sicht der DGB-Frauen die Einbeziehung aller Arbeitsverhältnisse in die Sozialver-

sicherung – vom ersten verdienten Euro an. Auch das von Schwarz-Gelb beschlossene Betreuungsgeld lehnen die Gewerkschaftsfrauen ab. „Das ist absurd“, erklärte DGB-Vize Ingrid Sehrbrock, im geschäftsführenden DGB-Vorstand unter anderem für Gleichstellungs- und Frauenpolitik zuständig.

Begrüßt wurde von den Delegierten dagegen die Bundesinitiative „Gleichstellung von Frauen in der Wirtschaft“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS). Das aus Mitteln des BMAS und des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanzierte Programm wurde gemeinsam mit dem DGB und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) entwickelt. Ziel ist es, mit konkreten Projekten die Beschäftigungssituation von Frauen zu verbessern. „Mit der Förderung zahlreicher konkreter Projekte haben wir in den nächsten vier Jahren alle Chancen, dem Ziel der beruflichen Chancengleichheit ein gutes Stück näherzukommen“, erklärte Michael Sommer zum Start. Erste Projekte der Gewerkschaften wurden während der BFK vorgestellt (www.bundesinitiative-gleichstellen.de).

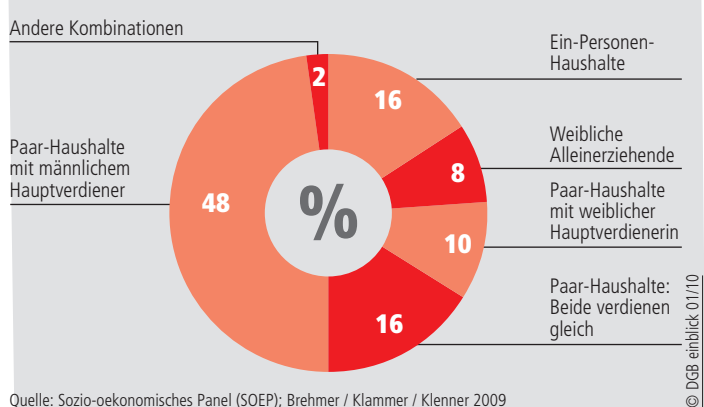
Doch das 110 Millionen Euro schwere Programm reicht allein nicht aus, um die Gleichstellung der Frauen durchzusetzen. Die Gewerkschaftsfrauen erneuerten deshalb auf der BFK ihre Forderung nach einem Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft. Deutliche Fortschritte für eine bessere Repräsentanz von Frauen in den Führungsetagen erhoffen sich die Gewerkschaftsfrauen zudem von einer verbindlichen gesetzlichen Frauenquote in Aufsichtsräten. Mindestens 40 Prozent aller Man-

date sollten von Frauen besetzt sein, fordern sie.

Großen Raum nahm während der Konferenz die Diskussion der organisationspolitischen Anträge ein. Die Gewerkschaftsfrauen wollen, dass durch die anstehende DGB-Reform die Einfluss- und Mit-sprachemöglichkeiten für Frauen

Frauen immer seltener „Zuverdienerinnen“

Erwerbshaushalte mit mindestens einer Frau 2007 (in Prozent)



wachsen. Kritisiert wurde daher unter anderem der Entwurf für eine veränderte DGB-Satzung, der auf dem DGB-Bundeskongress im Mai beraten werden soll. Er sieht unter anderem vor, dass die VertreterInnen der Frauen- und Jugendausschüsse künftig zwar ein Beratungs-, aber kein Stimmrecht mehr in den DGB-Bezirksvorständen haben.

Mit großer Mehrheit sprach sich die BFK dafür aus, das Stimmrecht in den Bezirksvorständen zu erhalten und es den VertreterInnen von Jugend und Frauen in den neu zu schaffenden Kreis- und Stadtvorständen einzuräumen. Ähnliches hatte bereits die DGB-Bundesjugendkonferenz im November gefordert. Beschlossen wurde von der BFK zudem ein Initiativantrag, der unter anderem eine verbindliche Frauenquote für die Besetzung von Gremien fordert, für die der DGB ein Vorschlagsrecht hat. •

Wer ernährt die Familie?

Im Rahmen der Bundesfrauenkonferenz wurde auch der Startschuss für das gemeinsame Projekt „Familienernährerinnen“ von DGB und Bundesfrauenministerium gegeben.

Hintergrund des Projektes: Bereits in jedem fünften Mehrpersonenhaushalt sind Frauen die Hauptverdienerinnen und damit die

„Ernährerinnen der Familie“ – etwa die Hälfte von ihnen allein erziehend. Bei den anderen handelt es sich überwiegend um Frauen, deren Partner nicht erwerbstätig sind oder deutlich weniger verdienen. Fast 40 Prozent dieser Familien befinden sich im unteren Einkommensbereich.

Trotz dieser eindeutigen Fakten hält sich hartnäckig das Bild von den Frauen als „Zuverdienerinnen“. Weder Sozial- noch Steuerrecht werden den neuen Realitäten gerecht. Ziel des Projektes ist es, Handlungsempfehlungen vor allem für die Politik zu entwickeln.

kurz & bündig



Die GdP in NRW fordert eine neue „Waffenamnestie“, nachdem die infolge des Amoklaufs von Winnenden beschlossene ausgelaufen ist. Der Erfolg dieser Amnestie zeige, dass die BürgerInnen zur Waffenabgabe bereit seien. Allein in NRW wurden 34 000 Waffen abgegeben. Die neue Amnestie solle von einer öffentlichen Kampagne begleitet werden.



Die GEW unterstützt das Bauprojekt „Häuser jetzt!“ im südafrikanischen Township Masiphumelele bei Kapstadt. Hier sollen Wohnungen für 355 Familien aus Wellblechhütten entstehen. Doch die Fußball-WM treibt die Preise für Baumaterialien in die Höhe. Deshalb rufen GEW und die Entwicklungsorganisation DESWOS zu Spenden auf.
www.einblick.dgb.dellinks



ver.di fordert von der Bundesregierung die Besteuerung von Boni und Höchstehinkommen, um künftigen Finanz- und Wirtschaftskrisen vorzubeugen. Außerdem solle die englische Initiative zur Bonibesteuerung als Vorlage für eine europäische Rahmenregelung genutzt werden.



Die IG Metall warnt davor, dass die Leiharbeit, vor allem infolge der Krise, reguläre Vollzeitjobs verdrängt. Gerade im Aufschwung würden die zuvor Entlassenen als LeiharbeiterInnen wieder eingestellt – um die gleiche Arbeit zu schlechteren Bedingungen zu verrichten.

DGB - Jugend

Bildung 2010

Fit für die gewerkschaftliche Jugendarbeit – unter diesem Motto steht das Bildungsprogramm der DGB-Jugend für 2010. Ob gewerkschaftliches Basis-Know-how, Deeskalationstraining oder Projektmanagement für Aktive: Die Seminare bieten fundierte Grundlagen. Die Seminarthemen in den Bereichen Politik, Internationales und DGB-Jugend-Projekte reichen von „Organizing an Hochschulen“ bis zu „Schöner leben ohne Nazis“.

• www.dgb-jugendbildung.de

DGB - Bildungswerk

Fortbilden gegen Rechts

Mit neuen Strategien versuchen Neonazis, in der gesellschaftlichen Mitte anzukommen. In Sportvereinen oder in Betrieben schlagen Rechte neue Töne an. Um effektiv gegen diese Neuausrichtung vorgehen zu können, bietet das DGB-Bildungswerk eine berufsbegleitende Fortbildung zur „Fachkraft Rechtsextremismus“ an. Das Angebot richtet sich an MultiplikatorInnen. Vom 29. Januar bis zum 7. November werden in sechs Wochenendkursen und einer Blockwoche alle Facetten des Themas beleuchtet. Aktuelle Studien, methodische Schulungen, Präventionsstrategien und Interventionsmöglichkeiten stehen dabei im Vordergrund. Alle TeilnehmerInnen werden außerdem an einem Praxisprojekt mitarbeiten.

• www.einblick.dgb.dellinks

IG BAU

Gegen Kinderarbeit

In einem Brief an die MinisterpräsidentInnen der Bundesländer hat sich die IG BAU für eine gesetzliche Änderung von Friedhofssatzungen eingesetzt. Hintergrund: Ein Groß-

2010: Das Gewerkschaftsjahr auf einem Blick

- 29./30.1.** DGB-Bezirkskonferenz Berlin-Brandenburg, Potsdam
- 30.1.** DGB-Bezirkskonferenz Baden-Württemberg, Stuttgart
- 30.1.** DGB-Bezirkskonferenz Hessen-Thüringen, Bad Hersfeld
- 5./6.2.** DGB-Bezirkskonferenz NRW, Hamm
- 6.2.** DGB-Bezirkskonferenz West, Spiesen-Elversberg
- 12./13.2.** DGB-Bezirkskonferenz Bayern, München
- 13.2.** DGB-Bezirkskonferenz Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt sowie DGB-Landeskonferenzen Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, Hannover
- 13.2.** DGB-Bezirkskonferenz Nord, Lübeck
- 8.3.** Internationaler Frauentag
- 9.3.** DGB, Auftakt der Dachkampagne zur Betriebsratswahl 2010, Berlin
- 26.3.** Equal Pay Day
- 28./29.4.** ver.di, Arbeitsmarktpolitische Tagung „Beschäftigungspolitik im dritten Jahr nach dem Finanz-Crash“, Berlin
- 1.5.** Tag der Arbeit, zentrale 1.-Mai-Kundgebung des DGB, Essen
- 1.5.-13.6.** Ruhrfestspiele, Recklinghausen
- 9.5.** Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen
- 16.-20.5.** **DGB, 19. Ordentlicher Bundeskongress, Berlin**
- 8./9.6.** ver.di und HBS, Potsdamer Forum für Führungskräfte im öffentlichen Dienst, Potsdam
- 17.6.** IG Metall, Wissenschafts-Hearing zum Betriebsverfassungsgesetz, Berlin
- 1.9.** Antikriegstag
- 21./22.9.** ver.di, Personalräte-Forum, Magdeburg
- 23./24.9.** IG Metall, Engineering-Tagung, Stuttgart
- 7.10.** Welttag für menschenwürdige Arbeit
- 2./3.11.** Otto Brenner Stiftung, Jahrestagung mit Verleihung des Otto Brenner Preises für kritischen Journalismus, Berlin
- 9./10.11.** DGB, Schöneberger Forum, Berlin
- 22.-24.11.** GdP, Ordentlicher Bundeskongress, Berlin
- 4.12.** IG BCE, Recklinghäuser Tagung, Recklinghausen

Für den DGB und die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist 2010 Kongressjahr: Das „Parlament der Arbeit“, der 19. Ordentliche DGB-Bundeskongress, tritt vom 16. bis 20. Mai in Berlin zusammen, der GdP-Bundeskongress findet Ende November ebenfalls in Berlin statt. Vor dem DGB-Bundeskongress laufen von Januar bis Februar außerdem die DGB-Bezirkskonferenzen. Weitere Termine: www.einblick.dgb.de/termine

teil der Grabsteine auf deutschen Friedhöfen stammt aus Steinbrüchen, in denen Kinder arbeiten. Die Grabmale würden damit unter Verstoß gegen ein international geltendes Übereinkommen gegen Kinderarbeit – die ILO-Konvention 182 – hergestellt.

„Wir sind höchst besorgt, weil durch die Ausbeutung von Kindern Menschenrechte mit Füßen getreten werden“, so das für Handwerkspolitik – und damit für die Steinmetze – zuständige IG

BAU-Vorstandsmitglied, Andreas Steppuhn. Als aktives Mitglied des Vereins Xertifix e.V. will die IG BAU erreichen, dass „nur Grabmale aufgestellt werden, die nachweislich in der gesamten Wertschöpfungskette ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention hergestellt sind“. Voraussetzung: Die Landesregierungen müssen gesetzliche Regelungen treffen, die es den Gemeinden erlauben, die Friedhofssatzungen dementsprechend zu ändern.

Tarifjahr 2010

Sozial ist, was Kaufkraft schafft

Warum auch in der Wirtschaftskrise Lohnerhöhungen nötig sind, beschreibt der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske.

Klamme Staatskassen, mageres Wirtschaftswachstum, drohender Anstieg der Arbeitslosigkeit: Nur zu gerne nutzen die Arbeitgeber dieses durchaus realistische Szenario, um unsere Tarifforderungen zurückzuweisen. Dabei verkennen sie völlig, wie wichtig steigende Löhne sind, damit die Krise nicht noch schlimmer wird.

Denn die **Lohnentwicklung spielt eine Schlüsselrolle** für das wirtschaftliche Wachstum. Die Löhne bestimmen wesentlich den privaten Konsum, der knapp 60 Prozent der Endnachfrage in Deutschland ausmacht. Gerade seit dem Beginn der Finanzkrise im Herbst 2008 und des daraus resultierenden Wirtschaftseinbruchs haben die privaten Konsumausgaben stabilisierend gewirkt. Sie speisen sich aus tariflichen Einkommenserhöhungen von durchschnittlich drei Prozent sowie Kurzarbeitergeld und höheren Renten.

Exporte und Investitionen sanken dagegen um etwa 20 Prozent – der tiefste Einbruch seit der Weltwirtschaftskrise vor 80 Jahren. Für dieses Jahr wird prognostiziert, dass beide wieder ansteigen und das Wirtschaftswachstum anschieben. Das wird aber nicht reichen: Nur durch eine **nachhaltige Stärkung der Inlandsnachfrage** können wir das Wachstum stabilisieren und einen anhaltenden Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindern.

Auf den Punkt gebracht gilt: **Sozial ist, was Kaufkraft schafft**. Deshalb setzen die Industriegewerkschaften ganz wesentlich auf die Sicherung der Arbeitsplätze. Dabei nehmen sie aber auch die Einkommen in den Blick, wenn sie einen Teillohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung wollen. Zusätzlich brauchen wir von der lohnpolitischen Seite Impulse für die Konjunktur – und da kommt es in diesem Jahr besonders auf den öffentlichen Dienst an.

Auch deshalb fordern die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes für ihre Mitglieder ein **Tarifpaket im Volumen von fünf Prozent**, bestehend vor allem aus einer spürbaren Entgelterhöhung mit einer sozialen Komponente, Aufstiegsmöglichkeiten und tariflicher Altersteilzeit als Beschäftigungsbrücke – verbunden mit einer verbindlichen Übernahme von Auszubildenden.

Bundesinnenminister de Maizière nennt diese Forderung „maßlos“. Das ist mehr als befremdlich, schließlich hat die schwarz-gelbe Bundesregierung doch gerade eben Milliarden-Steuer geschenke an Hoteliers und reiche Erben vergeben **und verkauft uns das als Wachstumsbeschleunigung** per Gesetz. Dabei verkünden die Hoteliersverbände schon jetzt frech, dass sie die Mehrwertsteuersenkung nicht an ihre Kundschaft weitergeben wollen. Wirklich beschleunigt würde das Wirtschaftswachstum hingegen durch eine **spürbare Lohnerhöhung** für die direkt und mittelbar rund vier Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.



Foto: ver.di/Kay Hertschmann

Frank Bsirske, 57, ist seit der Gründung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di im März 2001 deren Vorsitzender

Doch der neue FDP-Generalsekretär denunziert den Staat sogar als „teuren Schwächling“. Das ist zynisch und dummdreist und Ausfluss einer über Jahrzehnte propagierten Ideologie: Der Markt kann alles besser, der Staat ist schlecht. Längst wissen wir aber, dass Privatisierungen keineswegs immer zu besseren Leistungen führen. Gerade die Finanzkrise wäre **ohne das Eingreifen des aktiven Staates** und seine Hunderte von Milliarden an Garantien, direkten Hilfen und Investitionen **nicht zu bewältigen**.

Den BürgerInnen begegnet dieser Staat zuallererst im öffentlichen Dienst der Gemeinden: in Kindertagesstätten, Stadtbüchereien, beim Winterräumdienst und der Feuerwehr, in Bürger- und Wohnungsämtern, bei Wasserbetrieben, Stadtwerken, Bussen und Bahnen. Dort erleben und nutzen sie öffentliche Leistungen. Dort erleben sie aber auch seit Jahren wachsende personelle Engpässe und steigende Gebühren. Denn die öffentlichen Haushalte sind chronisch unterfinanziert: In den vergangenen 50 Jahren gab es nur dreimal einen Einnahmeüberschuss aller öffentlichen Haushalte. Das ist auch eine Folge der im internationalen Vergleich extrem geringen Besteuerung von Vermögen und Gewinnen sowie Erbschaften. Gleichzeitig werden die Einkommen der Arbeitnehmer in Deutschland relativ stark belastet. So werden die **staatlichen Ebenen systematisch finanziell ausgehungert**.

Damit wächst die Gefahr, dass wir in einen andauernden **Teufelskreis** aus sinkenden Einkommen, schrumpfender Nachfrage, wirtschaftlicher Stagnation und steigender Arbeitslosigkeit geraten. Um das zu verhindern, müssen auch und gerade 2010 höhere Löhne durchgesetzt werden. ●

Krise frisst Tarifuwächse auf

Die Tarifrunde 2010 startet mit dem öffentlichen Dienst (Bund und Gemeinden).

Im Frühjahr folgen unter anderem die Metall- und Elektroindustrie, die chemische Industrie sowie das Bankgewerbe.

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (ÖD) fordern ein Tarifpaket mit einem Gesamtvolumen von fünf Prozent. In den vergangenen zehn Jahren sind die Tarifentgelte im ÖD geringer gestiegen als in anderen Branchen: Von 2000 bis 2009 erhöhten sich die Tarifentgelte in der Gesamtwirtschaft nominal um 21,4 Prozent, dagegen im ÖD der alten Bundesländer nur um 17 Prozent.

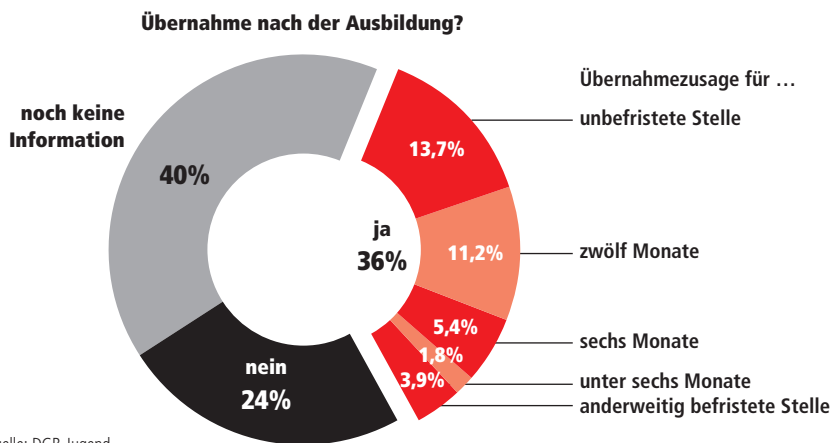
Für das Tarifjahr 2009 zieht das WSI-Tarifarchiv in der Hans-Böckler-Stiftung eine ambivalente Bilanz. Einerseits lagen die Tarifabschlüsse im Krisenjahr 2009 mit Steigerungen überwiegend zwischen zwei und vier Prozent weit über dem Anstieg der Verbraucherpreise von voraussichtlich 0,3 Prozent. Andererseits führten aber „Kurzarbeit, der Abbau von variablen Einkommensbestandteilen und die Nutzung von tariflichen Öffnungsklauseln sehr wahrscheinlich dazu, dass die effektiv gezahlten Bruttomonatsverdienste sinken“, so Reinhard Bispinck, Leiter des WSI-Tarifarchivs.

www.tarifrunde-2010.de

AUSZUBILDENDE: Unbefristete Übernahme wird zur Ausnahme

Kurz vor Ende ihrer Ausbildung haben knapp zwei Drittel aller Auszubildenden noch keine Zusage für eine Übernahme in der Tasche – jededr Vierte sogar bereits eine Absage. Das zeigt eine Befragung der DGB-Jugend unter rund 2000 Auszubildenden, die sich im letzten Lehrjahr befinden. Gerade einmal 36 Prozent haben kurz vor Ende der Ausbildung die Zusage für eine Übernahme – doch auch hier gibt es einen Wermutstropfen: Nicht einmal 14 Prozent aller Befragten werden unbefristet übernommen.

Angaben von 1957 befragten Auszubildenden im letzten Ausbildungsjahr zu ihren Übernahmemechancen/-zusagen/-absagen (in Prozent der Befragten)



14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

- 27.1.** ver.di, Workshop „Geschlechterrollen und psychische Belastungen“, Hamburg
- 27.1.** 65. Jahrestag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus
- 27.-31.1.** Weltwirtschaftsforum, Davos/Schweiz
- 29./30.1.** IG Metall, Workshop „Studium und Beruf: Wie passt das zusammen?“, Bad Orb
- 30.1.** GEW, Hochschulkonferenz, Erfurt
- 3.2.** Hans-Böckler-Stif-

- tung, Fachtagung „Zeitenwende für Hochqualifizierte – Veränderte Koordinaten der Angestelltenarbeit?“, Frankfurt/M.
- 4.2.** 90. Jahrestag des Inkrafttretens des Betriebsrätegesetzes
- 5./6.2.** Hans-Böckler-Stiftung, Symposium „Gewerkschaften zwischen Prekariat und Casino-Kapitalismus“, Hamburg
- 5.-7.2.** IG BAU-Frauenreferat, Workshop „Rechtliche Hilfen für den Arbeitsalltag“, Steinbach

IMPRESSUM

einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB Verlag: Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Lena Clausen, Haidy Damm, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.) Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor. **Angaben nach § 7 a des Berliner Pressegesetzes:** An der Graewis Verlag GmbH sind beteiligt: Anne Graef, Journalistin, Berlin (55 Prozent), Dr. Peter Wilke, Diplom-Volkswirt, Wilke und Maack Partnerschaftsgesellschaft, Hamburg (18 Prozent), Klaus Maack, Diplom-Wirtschaftsingenieur, Wilke und Maack Partnerschaftsgesellschaft, Hamburg (17 Prozent), Timm Steinborn, Journalist, Berlin (10 Prozent).

personalien

- Der IG BAU-Vorsitzende **Klaus Wiesehügel**, 56, ist im Dezember 2009 als Präsident der Bau- und Holzarbeiter-Internationale (BHI) wiedergewählt worden. Wiesehügel wurde erstmals 2005, anlässlich des Zusammenschlusses des Internationalen Bundes der Bau- und Holzarbeiter (IBBH) und des Weltverbandes der Bau- und Holzarbeiterorganisationen (WVBH) zur BHI, in dieses Amt gewählt. Die BHI vertritt über zehn Millionen Mitglieder aus 125 Ländern.
- **Claus Eilrich**, 60, bisher im Funktionsbereich Internationales des IG Metall-Vorstands in Frankfurt am Main für die Asien-Kontakte der Gewerkschaft verantwortlich, geht am 1. Februar 2010 als Sozialreferent der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Japan nach Tokio. Eilrich war von 2004 bis 2008

- bereits als Sozialreferent der deutschen Botschaft in Peking tätig und bis 2003 Sprecher des Vorstandes der IG Metall in Frankfurt.
- **Claudia Menne**, 47, Bereichsleiterin Gleichstellungs- und Frauenpolitik beim DGB-Bundesvorstand, wurde im Dezember 2009 in Brüssel zur neuen Vorsitzenden des Frauenausschusses des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) gewählt.
- **Frank Zach**, 49, bisher Vorstandsekretär beim DGB Baden-Württemberg, ist seit dem 12. Januar als Elternzeitvertretung von **Bianca Köhl**, 35, im Bereich Internationale Gewerkschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand beschäftigt. Als politischer Referent ist er dort für die Internationale Arbeitsorganisation ILO, Gewerkschaftsrechte, Afrika und Asien zuständig.

Schlusspunkt.

„Ob Westerwelle auf Afghanistan-Konferenz Steuersenkungen vorschlägt?“

Eintrag des Bundestagsabgeordneten und SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber beim Kurznachrichtendienst „Twitter“ vom 14. Januar.

Schwangerschaft

Bei Kündigung Klagefrist beachten

Eine schwangere Arbeitnehmerin muss die Unwirksamkeit einer Kündigung grundsätzlich innerhalb der dreiwöchigen Klagefrist gerichtlich geltend machen. Diese Frist ist auch einzuhalten, wenn die Arbeitnehmerin erst nach Zugang der Kündigung von ihrer Schwangerschaft erfahren hat. Die Klagefrist wird durch die Mitteilung der Arbeitnehmerin an den Arbeitgeber nach Kündigungsausspruch, sie sei schwanger, nicht gehemmt oder unterbrochen. Wird die Klagefrist versäumt, gilt die Kündigung als von Anfang an rechtswirksam.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 19. Februar 2009 - 2 AZR 286/07

Azubi

Immer sozialversicherungspflichtig

Auch wenn die Vergütung eines Auszubildenden die Geringfügigkeitsgrenze von 400 Euro nicht überschreitet, sind Sozialversicherungsbeiträge kraft ausdrücklicher gesetzlicher Anordnung zu entrichten. Die Versicherungspflicht greift selbst dann, wenn keine Ausbildungsvergütung gezahlt wird.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 15. Juli 2009 - B 12 KR 14/08 R

Hartz IV

Keine Kürzung ohne Vereinbarung

Weigert sich ein Hartz-IV-Empfänger, an einer vom Jobcenter verordneten Trainingsmaßnahme teilzunehmen, so hat das nicht unbedingt die Kürzung der Leistungen zur Folge. Die Leistungen können nur dann gekürzt werden, wenn zuvor der Hilfebedürftige in einer Eingliederungsvereinbarung mit dem Jobcenter sich zur Teilnahme an derartigen Kursen verpflichtet hat.

Bundessozialgericht,
Urteil vom 17. Dezember 2009 - B 4 AS 20/09 R

Sozialplanabfindung

Bei Teilzeitbeschäftigung

Sozialpläne können bestimmen, dass sich die Abfindungshöhe nach der zuletzt bezogenen Monatsvergütung richtet. Dies gilt auch für teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer. Sozialpläne können regeln, dass in Fällen, in denen sich die individuelle Arbeitszeit in der näheren Vergangenheit wesentlich geändert hat, eine die gesamte Betriebszugehörigkeit einbeziehende Durchschnittsberechnung maßgeblich ist.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 22. September 2009 - 1 AZR 316/08

Betriebsratsschulung

Erforderlich bei neuen Inhalten

Eine Schulungsteilnahme ist für den Betriebsrat dann nicht erforderlich, wenn das geschulte Betriebsratsmitglied eineinhalb Jahre zuvor an einer Schulungsmaßnahme mit ähnlichen Inhalten teilgenommen hat (hier: Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit). Dies gilt zumindest dann, wenn die beiden Seminare nach der Ausschreibung zu mehr als der Hälfte deckungsgleiche Inhalte aufweisen.

Bundesarbeitsgericht Nürnberg,
Beschluss vom 1. September 2009 - 6 TaBV 18/09

Fristlose Kündigung

Bei vorgetäuschter Krankheit

Der Beweiswert einer Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ist erschüttert, wenn feststeht, dass ein Arbeitnehmer erklärt hat, er könne eine angebotene Schwarzarbeit ausführen. Eine derart vorgetäuschte Arbeitsunfähigkeit berechtigt den Arbeitgeber zum Ausspruch einer außerordentlichen Kündigung.

Der Fall: Nachdem der Arbeitgeber dem seit 20 Jahren beschäftigten Arbeitnehmer eine betriebsbedingte Kündigung ausgesprochen hatte, erhöhte sich der Krankenstand innerhalb der Kündigungsfrist. Der Arbeitgeber schaltete daraufhin einen Detektiv zur Überprüfung der Arbeitsunfähigkeit ein, der unter einem Vorwand bei dem krank geschriebenen Mitarbeiter anrief und äußerte, jemanden für Innenausbautätigkeiten zu benötigen. Der Arbeitnehmer teilte dem Detektiv mit, er könne sofort anfangen. Die Frage des Detektivs, ob er denn arbeitslos sei, beantwortete er, dass er zurzeit krank sei und sofort zur Verfügung stünde. Der davon informierte Arbeitgeber sprach eine fristlose Kündigung mit dem Vorwurf der vorgetäuschten Arbeitsunfähigkeit aus. Die Klage dagegen blieb ohne Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Das Vortäuschen der Arbeitsunfähigkeit stellt ein unredliches Verhalten dar, das unabhängig von einer Belastung des Arbeitgebers mit Entgeltfortzahlungskosten die Vertrauensgrundlage für die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses zerstört. Schon die angekündigte Arbeitsbereitschaft während einer Arbeitsunfähigkeit und nicht erst das tatsächliche Durchführen von Arbeiten erschüttert den Beweiswert eines Arbeitsunfähigkeitsattestes.

Hessisches Landesarbeitsgericht,
Urteil vom 1. April 2009 - 6 Sa 1593/08

Gesetzliche Unfallversicherung

Wegeunfälle nicht immer versichert

Unfälle auf dem Weg zur Arbeit genießen nur unter engen Voraussetzungen gesetzlichen Unfallversicherungsschutz

Der Fall: Vor der Garage der 51-jährigen Altenpflegerin, in der sie ihr eigenes Auto geparkt hatte, stand der Pkw ihres im Haus lebenden Sohnes. Da sie beim Umparken mithilfe eines Ersatzschlüssels vergessen hatte, bei abschüssiger Garagenauffahrt die Handbremse anzuziehen, wurde sie nach dem Verlassen des Fahrzeugs von der noch offenen Fahrzeugtür erfasst, zu Boden geworfen und von dem Vorderrad des Autos im Bereich des linken Knies überrollt. Die Berufsgenossenschaft erkannte den Unfall nicht als Arbeitsunfall an. Die dagegen gerichtete Klage hatte keinen Erfolg.

Das Sozialgericht: Das Umparken stand nicht in einem sachlichen Zusammenhang mit dem Versicherungsschutz, den die Arbeitnehmerin während ihrer Tätigkeit als Altenpflegerin genießt. Der Weg zur Arbeit ist eine Vorbereitungshandlung und als solche vom gesetzlichen Unfallversicherungsschutz erfasst. Hierzu gehört das Verhalten der Arbeitnehmerin jedoch nicht. Nur wenn sich quasi durch „höhere Gewalt“ auf dem Weg zur Arbeit ein Hindernis ereignet, kann der innere Zusammenhang mit der versicherten Tätigkeit angenommen werden. Ein solcher Fall lag jedoch hier nicht vor. Die Frau hätte ohne weiteres ihren Sohn dazu anhalten können, den Pkw wegzufahren. Selbst wenn er sich nicht im Haus befunden hätte, steht die Einhaltung innerfamiliärer Absprachen nicht in unmittelbarem sachlichem Zusammenhang mit der im Unfallversicherungsrecht geschützten Tätigkeit.

Sozialgericht Detmold,
Urteil vom 22. Oktober 2009 - S 14 U 74/09